



17. November 2020 Zusammenfassung des Policy Briefs *Covid-19 Vaccines: Process to determine priority and allocation & National and International Responsibilities for Access*<sup>2</sup>

Dieses Dokument wurde am 11. November 2020 fertiggestellt, bevor der erste Impfstoff in der Schweiz zugelassen wurde.

## Festlegen der Priorisierung des Zugangs zu Impfstoffen

*Die Zulassung erster Impfstoffe gegen COVID-19 dürften im Lauf des ersten Semesters 2021 erfolgen. Die Schweiz muss möglichst rasch einen Rahmen definieren, um festzulegen, welche Gruppen prioritär geimpft werden sollen.*

Die Eidgenössische Kommission für Impfungen (EKIF) ist für die Festlegung der Gruppen zuständig, die prioritären Zugang zu den neuen Impfstoffen gegen COVID-19 erhalten sollen. Zu diesem Zweck muss sie ein klares Verfahren entwickeln, das transparent, offen, vernünftig, verantwortlich, integrativ und reaktionsfähig ist. Die meistbetroffenen Berufsgruppen sind in den Prozess einzubeziehen und auch die Öffentlichkeit soll sich äussern können.

Die EKIF kann die Nationale Ethikkommission im Bereich Humanmedizin oder die Zentrale Ethikkommission der Schweizerischen Akademie der medizinischen Wissenschaften konsultieren. Sie kann sich auch auf bestehende Rahmenpläne und deren Definition von Priorisierungsmethoden stützen, so z. B. auf den Influenza-Pandemieplan Schweiz oder die Empfehlungen des unabhängigen Expertenrates zu Impfungen (SAGE) der Weltgesundheitsorganisation. Diese sind an die Schweiz und die COVID-19-Epidemie anzupassen. Sie sollten zudem dem sozio-ökonomischen und gesundheitspolitischen Kontext Rechnung tragen, die Definition gefährdete Gruppen nicht allein auf biomedizinische Kriterien abstützen (und z. B. auch Beruf, Wohnort, Staatsbürgerschaftsstatus einbeziehen) sowie Daten zur Wirksamkeit und Sicherheit des Impfstoffs berücksichtigen. Unser Policy Brief fasst einige dieser Dokumente zusammen ohne Empfehlungen für einen spezifischen Rahmenplan zu formulieren.

Die grossen Kapazitäten der Schweiz im F&E-Bereich sollten den hiesigen Pharma-Unternehmen ein stärkeres Engagement in der Impfstoffentwicklung ermöglichen (derzeit werden in der Schweiz keine klinischen Studien durchgeführt). Ein direkteres Engagement der Schweizer Forschungsorganisationen würde auch den Verhandlungsspielraum der Regierung bezüglich der Impfstoffbeschaffung verbessern. Zudem könnten sich Schweizer Forscher sowie die Regulationsbehörden mit den in Frage kommenden Technologien besser vertraut machen, was deren späteren Einsatz erleichtern würde. Die Strategie des BAG hinsichtlich Impfstoffzugang und Pandemiebekämpfung sollte die Bedeutung des F&E-Bereich berücksichtigen.

Die weltweite Versorgung mit bewährten Impfstoffen dürfte während den 12 bis 18 ersten Monaten ziemlich eingeschränkt sein, so dass jede in der Schweiz eingesetzte Dosis de facto bedeutet, dass in einem anderen Land eine Dosis weniger verfügbar ist. Somit besteht das Risiko, dass die nationalen und internationalen Zugangsziele im Widerspruch stehen. Im Policy Brief skizzieren wir verschiedene Ansätze zur gemeinsamen Nutzung mit Ländern mit weniger privilegiertem Impfstoff-Zugang, aber letztlich muss die Politik entscheiden – und begründen – wie das richtige Gleichgewicht zwischen Zugangserwägungen auf nationaler und internationaler Ebene gefunden werden kann. Die Einhaltung der von der Regierung in Bezug auf den internationalen Impfstoffzugang bereits eingegangenen politischen Verpflichtungen erfordert von BAG und EDA ein kohärentes und koordiniertes Vorgehen.